

Exzerpt zu: Giegold/Philipp/Schick – Finanzwende

(Finanzwende – Den nächsten Crash verhindern. Wagenbach TB 2016)

Die Autoren

Sven Giegold: Gründer von Attac – wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament; Udo Philipp: Exfinanzmanager, Aufsichtsrat der Nachhaltigkeitsbank Tridos, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft „Wirtschaft und Finanzen“ von Bündnis 90/Die Grünen; Gerhard Schick: Volkswirt, Finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, zuvor tätig in mehreren Forschungsinstituten.

Worum geht es?

Das Buch gliedert sich in drei Teile, die nach den drei großen Regulierungsaufgaben benannt sind.

- Finanzmärkte sicherer machen, um die Gefahr einer neuen Krise zu bannen
- Die Finanzwirtschaft auf eine vernünftige Größe schrumpfen lassen
- Die Finanzwirtschaft stärker an der Realwirtschaft ausrichten und kundenfreundlicher machen

Im Folgenden werden die Maßnahmen gebündelt beschrieben und zusammengefasst, so dass die Darstellung nicht ganz der Reihenfolge im Buch entspricht.

Zitate

Warren Buffett bezeichnete Derivate als „Zeitbomben“ und „finanzielle Massenvernichtungswaffen“. S. 7

Laut Professor Hermann Schulte-Mattler aus Dortmund umfasst der „Regulierungsdickicht“ 34019 Seiten. „Die schiere Seitenzahl zeigt die Absurdität der derzeitigen Finanzmarktregulierung.“ S. 9

Einige Fakten und Zahlen

Bei der Deutschen Bank macht das klassische Kreditgeschäft weniger als ein Viertel des Geschäftsvolumens aus. S. 7

Die Sparneigung ist im Vergleich zu den Investitionen zu hoch. Extremes Ungleichgewicht in Deutschland: 2015 betrug der Überschuss der Sparleistungen über dem Investitionsniveau 260 Mrd. Euro, das sind 8% des BIP. S. 8

Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss beträgt 8% des BIP = 260 Mrd. € in 2015. S. 14

In den USA hat die Notenbank über 3,6 Bill.\$ ~11.250\$/Einwohner in den Finanzsektor gepumpt – ein Bruchteil davon hätte genügt, wenn es in die Realwirtschaft gegangen wäre. S. 23

Die Finanzlobby in Brüssel umfasst 1200 Festangestellte (120 Mio.€/a), 30-mal mehr als die NGOs finanzieren können (größte NGO in Brüssel: Finance Watch – 2 Mio.€/a – erheblich durch die EU selbst finanziert). In Berlin hat allein der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) 390 Mitarbeiter in 23 Abteilungen. S. 59

Jedes Jahr fließen implizite Subventionen von über 200 Mrd. Euro an Europas Großbanken. S. 76

Stabilisierung der Finanzmärkte

In Deutschland wurde als Frühwarnsystem der Ausschuss für Finanzstabilität (AFS) gegründet. Er besteht aus je drei Vertretern des BMF (Bundesminister der Finanzen), der DBB (Deutsche Bundesbank) und der BAFIN (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Er kann nur Warnungen und Empfehlungen aussprechen.

In Europa wurde das European Systemic Risk Board (ESRB) eingerichtet. Im Leitungsgremium sind die Präsidenten der nationalen Zentralbanken, der EZB (Europäische Zentralbank) und der europäischen Regulierungsbehörden vertreten. Sie darf auch nur Empfehlungen geben.

Leider werden Empfehlungen regelmäßig ignoriert. Deshalb sollten die Behörden mehr Transparenz durch Erhebungen schaffen und das Recht haben, durch Eigenkapitalzuschläge und Beleihungsgrenzen für Immobilien in den Markt einzugreifen.

Weitere Vorschläge zur Stabilisierung der Finanzmärkte:

- Die EZB sollte die Freiheit haben, deflationäre Tendenzen aktiv zu bekämpfen.
- Der Kauf von Wertpapieren (quantitative easing) und negative Zinspolitik war richtig (trotz der Kritik aus Deutschland), ist aber nur begrenzt wirksam. Negative Zinsen schaden kleinen Banken. Auch Lebensversicherungen und Bausparkassen werden gefährdet – nur die großen, die überwiegend vom Finanzhandel profitieren, überleben.
- Alternative 1: Helikopter-Geld oder quantitative easing for the people (Bürgergeld) – die EZB druckt Geld und verteilt es direkt an die Haushalte oder an öffentliche Einrichtungen oder direkt an die Kommunen. In den USA hat die Notenbank über 3,6 Billionen \$, das sind ~ 11.250 \$ pro Einwohner, in den Finanzsektor gepumpt. Ein Bruchteil davon hätte genügt, wenn es in die Realwirtschaft gegangen wäre.
- Alternative 2: Steuerfinanziertes Investitionsprogramm. Wenn hohe Einkommen belastet und niedrige entlastet werden, dann steigt der Konsum und die Sparneigung sinkt. Es entsteht finanzieller Spielraum für nachhaltige Investitionen.
- Insbesondere muss das Mandat der EZB für die Verhinderung des Bank Run (Emergency Liquidity Assistance – ELA) genauer gefasst werden. Die EZB hatte Griechenland erpresst und kein Geld geliehen, als 2015 der Bank Run drohte. Das war statutenwidrig.

Banken robuster machen

Die Prozyklizität der Banken ist eine der wichtigen Ursachen für Blasenbildung und Rezessionen.

Problem ist der Verschuldungshebel (leverage ratio). Während früher 25% Eigenkapital üblich war, werden heute oft Kredite im Verhältnis von 50:1 zum Eigenkapital vergeben. Damit ist die Bank schon bei geringen Verlusten pleite. Besteht das Eigenkapital aus Aktien, dann führt ein Rückgang der Kurse zur Krise und die Bank gibt keine Kredite mehr.

Die mathematischen Modelle, mit denen Risiken berechnet werden, sind falsch, weil sie die extremen Ereignisse systematisch unterbewerten.

Umstritten ist eine Geldreform – Vollgeld oder 100%-Geld – die sehen die Autoren kritisch. Aber sinnvoll ist es, eine stärkere Finanzierung von Unternehmen über Eigenkapital oder Schulden, deren Zinsen an die wirtschaftliche Entwicklung geknüpft ist, zu fördern.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (von den G10 gegründet – heute gehören ihm 26 Staaten an – darunter alle G20-Staaten) schaffte es auch nach der Finanzkrise (Basel III-Regeln) nicht, wirksame Eigenkapitalvorschriften durchzusetzen. So dürfen Derivate weitgehend gegeneinander aufgerechnet

werden und Risiken weiterhin in Zweckgesellschaften ausgelagert werden. (KMH: G10 = G7 + NL, Schweden und Belgien - plus später die Schweiz – die 11 führenden Industrienationen)

Auch die 2015 neu eingeführte „liquidity coverage ratio“-Vorschrift (LCR) ist lückenhaft. Sie sollte sicherstellen, dass die Banken 30 Tage Geldabfluss überstehen können. Nimmt man die Kündigungsfristen der Kredite als Maßstab, hätte die Deutsche Bank eine LCR von 7%, durch diversen Modellannahmen kann sie aber 117% ausweisen.

Ein weiteres Problem sind die Schattenbanken: Das sind Versicherungen wie die Allianz oder Fondsgesellschaften.

Forderungen zur Bankenregulierung

Die Autoren fordern einfache und klare harte Regeln in einem einheitlichen europäischen Finanzgesetz. Vorbild ist der Bank Act der USA von 1933, der 37 Seiten umfasste.

Im Einzelnen schlagen sie vor:

- Jede Bank sollte generell 10% Eigenkapital ausweisen müssen, um Dividenden an ihre Aktionäre und Boni an ihre Mitarbeiter oder sehr hohe Gehälter zu zahlen.
- Sinkt die Eigenkapitalquote unter 5%, werden die Aktionäre enteignet und die Bank wird von der europäischen Abwicklungsbehörde übernommen.
- Großbanken sollten generell 50% mehr Eigenkapital als Kleinbanken ausweisen, da sie systemrelevant sind.
- Abschaffung der steuerlichen Privilegierung von Eigenkapital.
- Gleiche Definition von Eigenkapital im Steuerrecht und im Aufsichtsrecht.
- Abschaffung der Schattenbanken: Alle Firmen (Geldmarktfonds, Immobilienfonds, Versicherungen, Schattenbanken), die kurzfristiges Geld einsammeln, einen festen Wert garantieren und die Gelder langfristig anlegen müssen den gleichen Regeln unterliegen wie Banken!
- Gut war die Einführung einer einjährigen Kündigungsfrist für Immobilienfonds in Deutschland (2013).
- Wertpapiere sollen nur einmal verpfändet werden dürfen. Dabei muss ein angemessener Mindestsicherheitsabschlag berechnet werden.
- Crowdfunding-Plattformen und andere Kreditvermittler sollen nicht mehr durch ein Honorar auf die Abschlüsse, sondern durch ein Erfolgshonorar finanziert werden, das bei Rückzahlung des Kredites fällig wird.
- Gehälter und Boni über 500.000 Euro jährlich sollten nicht mehr steuerlich absetzbar sein und erst in zehn Jahren ausgezahlt werden dürfen.
- Begrüßt wird die Regelung von 2016, dass das maximale Bußgeld für Versicherungen und börsengehandelte Unternehmen zweimal bzw. dreimal so hoch wie der Schaden liegt – bis dahin waren es max. 10 Mio. Das reicht aber nicht aus und sollte auch für alle anderen Firmen gelten.
- Deutschland braucht endlich ein Unternehmensstrafrecht.
- Die strafrechtliche Verantwortung von Führungskräften muss wie in UK (*Senior Managers Regime*) ausgeweitet werden: Jeder Vorgang soll automatisch in den Bereich eines Managers fallen – der muss nachweisen, alles getan zu haben, um Gesetzesverstöße zu verhindern – sonst droht eine Haftstrafe von bis zu sieben Jahren.

- Es sollte ein Sammelklagerecht für geprellte Anleger eingeführt werden.
- Die Verjährungsfrist bei Kapitalanlagen sollte erst dann einsetzen, wenn die Verstöße bekannt werden (heute 10 Jahre, die dann oft schon rum sind).
- Es sollte ein höherer Frauenanteil im Management vorgeschrieben werden.
- Es sollte ein Gesetz zum Schutz von Whistleblowern verabschiedet werden.

Buchhaltungsstandards

Bei den großen Wirtschaftsberatungsgesellschaften (insbesondere bei den Big Four: Deloitte, Ernst&Young, PricewaterhouseCoopers und KPMG) vermischt sich Beratung und Prüfung. In den Gremien des International Accounting Standards Board (IASB), das die Buchhaltungsregeln definiert, sitzen praktisch nur Vertreter der Big Four.

- Die International Financial Reporting Standards (IFRS), die seit 2003 für große Unternehmen – auch für Banken – verpflichtend sind, sollen künftig nicht realisierten Gewinne (also Kurssteigerungen) als stille Reserven transparent aber getrennt ausweisen.
- Anstelle zahlreicher detaillierter Regeln, die zur Umgehung einladen, brauchen wir prinzipienbasierte Regeln, die die Firmen verpflichten, Risiken realistisch abzubilden.
- Wir brauchen wirklich unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Sie müssen verantwortlich gegenüber dem Finanzamt sein.
- Die Firmen sollten verpflichtet sein, die Prüfer regelmäßig zu wechseln.
- In dem IASB sollen auch Vertreter von kleinen Firmen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft sitzen. Die europäischen Vertreter sollten vom Europaparlament gewählt werden.

Lobby, Staat und NGOs

Die Finanzlobby in Brüssel umfasst 1200 Festangestellte (120 Mio.€/a), 30-mal mehr als die NGOs finanzieren können (größte NGO in Brüssel: Finance Watch – 2 Mio.€/a. In Berlin hat allein der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) 390 Mitarbeiter in 23 Abteilungen.

Die wirksamsten Einflussnahmen sind nicht Parteispenden sondern „regulatory capture“, d. h. enge persönliche Verflechtungen, Drehtür-Effekt, optimale Bezahlung und maximal komplizierte Regelungen wirken dabei zusammen.

Vorschläge:

- Wir brauchen auch in Deutschland eine öffentlich finanzierte NGO wie Finance Watch mit Befugnissen wie eine Kontrollbehörde, die unabhängig von Wirtschaft und Staat ist.
- Frühzeitige Einbindung der Parlamente in internationale Verhandlungen.
- Öffentliche Sitzungsprotokolle der internationalen Regulierungsgremien, damit die Positionen der Vertreter nachkontrollierbar werden.
- Die BaFin soll mehr Verantwortung übernehmen und unabhängig vom BMF werden. Sie sollte nur dem Bundestag gegenüber Rechenschaft ablegen müssen.
- Auch die europäische Finanzaufsicht muss neu strukturiert werden: Heute gibt es die European Banking Authority (harmonisiert Regeln), SSM (Bankenaufsicht), SRM (Abwicklungsbehörde), (Risikoanalysen). Alle Organe müssen unabhängig von der EZB und unabhängig von den nationalen Aufsichtsbehörden werden.

Banken und Versicherungen müssen kleiner werden

Die Logik „Too big to fail“ soll beendet werden, da der Staat erpressbar ist und die Großbanken impliziert subventioniert.

- Deshalb müssen systemrelevante Banken besonders an der Finanzierung der Sicherheitssysteme herangezogen werden (siehe auch oben). Statt dessen sollen die kleinen Banken gestärkt und der Gemeinwohlauftrag öffentlicher Institute hervorgehoben werden.
- Verbriefungen sollen nicht gefördert werden, sondern lokale und andere realwirtschaftlich orientierte Banken, die zu Kunden eine Vertrauensbasis aufbauen.
- Derivate sollen nur noch über zentrale Gegenparteien (CCP = central counterparty) abgewickelt werden, um Ausfallketten zu verhindern. Dazu müssen diese über genügend Eigenkapital verfügen und es muss Abwicklungspläne im Falle der Insolvenz der CCP geben.
- Die neue EU-Bankenabwicklungsrichtlinie (BRRD) ist ein Fortschritt, reicht aber nicht aus. Wir brauchen ein umfassendes Haftungsprinzip.
- Fällt das Eigenkapital unter 5%, dann sollen Aktionäre ohne Entschädigung enteignet werden können. Guthaben über 100.000 Euro müssen in Eigenkapital verwandelt werden (bail-in) bis auf laufende Zahlungsverpflichtungen von Unternehmen wie Gehaltzahlungen. Die Gutachten für die Risikovorsorge dürfen nicht von Privaten, sondern müssen von den Aufsichtsbehörden erstellt werden.
- Auch Versicherungen sollen unter die Bankenaufsicht fallen. Versicherungen wie die Allianz sind ebenfalls „too big to fail“.
- Das Trennbankensystem, das die Expertengruppe unter dem finnischen Zentralbankchef Liikanen vorgeschlagen hatte, sollte konsequent umgesetzt werden, so dass Handelsgeschäft und Kreditgeschäft getrennt sind. Das deutsche Trennbankengesetz ist ein Placebo ohne Wirkung. So hat die deutsche Bank über eine Billion Euro Handelsaktivitäten vom Eigenhandel in Kundengeschäfte umdeklariert, um die Trennung zu umgehen.
- Kleine Banken müssen eigene Regelwerke bekommen, damit sie nicht von der Bürokratie erdrückt und zu Fusionen gezwungen werden.
- Der Gemeinwohlauftrag von öffentlichen Banken muss klar definiert werden.
- Die Landesbanken sollten sich auf die Rolle als Zentralbank der Sparkassen konzentrieren.
- Veröffentlichung aller Vergütungen von Vorständen und Aufsichtsgremien von öffentlichen Banken und Sparkassen.
- Klare Verpflichtung auf ökologische, soziale und ethische Kriterien.
- Die Sparkassen dürfen keine öffentliche Förderung mehr betreiben, das Geld muss an die Gremien der Selbstverwaltung gehen.

Finanzwirtschaft mehr auf die Realwirtschaft ausrichten

- Wiederabschaffung der 2007 genehmigten Immobilienaktien (REITs).
- Bei Immobilientransaktionen – also dem Handel mit REITS – muss die Grunderwerbssteuer anfallen.
- Einschränkung der Rohstoffspekulationen.
- Divestment der europäischen Pensionskassen und anderer öffentlicher Fonds.

- Langfristige Kredite besser absichern.
- Abschlussgebühren (Betriebsprovisionen) verbieten und durch Gebühren während der Vertragsdauer ersetzen.
- In der BaFin soll eine Abteilung Verbraucherschutz eingerichtet werden.
- Bezahlung der Rating-Agenturen aus Teilen der geplanten Finanztransaktionssteuer.
- Prämien für die Agenturen, wenn sie richtige Voraussagen machen.